

# Sind Freihandelsabkommen heute noch sinnvoll?

Veröffentlicht am 25. Juli 2008, Artikel für Zeit-Fragen

Diese Frage ist besonders aktuell angesichts der für Menschen und Umwelt gefährlichen Auswirkungen unserer extrem globalisierten Welt, die neuerdings von wenigen, dafür immer grösseren Wirtschaftsblöcken beherrscht wird. Man fühlt sich zurückversetzt in das Zeitalter von Imperialismus und Kolonialismus. Wirtschaftsblöcke, wie zum Beispiel China, die USA, Russland, die Europäische Union, die Arabisch-Islamischen Öl-Imperien, Indien, Japan und noch einige andere, wie Korea, Südamerika usw. sind vor allem in der zweiten Hälfte des letzten Jahrhunderts entstanden bzw. zu eigentlichen Wirtschaftsmächten geworden.

In diesem Zeitraum ging es um den Abbau der während dem zweiten Weltkrieg aufgebauten zahllosen Einschränkungen des freien Verkehrs von Waren und Menschen und dem Aufbau eines neuen, möglichst liberalen Systems der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen in Europa. Solange dabei die Freizügigkeit von Waren und Menschen im Vordergrund stand, erwies sich dieser Abbau als sinnvoll. Allerdings nur unter der Voraussetzung, dass die beteiligten Staaten ihre eigenständige wirtschaftliche Entwicklung pflegen und sich gegen fremdartige, vor allem wirtschaftliche und politische Infiltrationen zur Wehr setzen konnten. Bei gleichartigen, vor allem einander ergänzenden wirtschaftlichen Interessen bildeten diese Staaten so unter Wahrung ihrer vollen Souveränität grössere Gemeinsame Märkte in Form von Freihandelszonen. Bei dieser, für einige Staaten zu wenig ambitionösen Methode wurden nach Meinung der damaligen Mehrheit für die durch den Weltkrieg zerstörten Länder doch genügend wirksame Wachstumsimpulse ausgelöst. Von besonderer Bedeutung war, dass bei einer Freihandelszone, die notwendigen gemeinsamen Regeln im Rahmen von multilateralen Abkommen gemeinsam von den beteiligten, souverän bleibenden und einander gleich berechtigten Staaten erlassen und verwaltet werden. Vor allem bewahren bei diesem System die einzelnen Mitglieder-Staaten, dritten Staaten gegenüber, ihre volle Vertragsfreiheit, die seither so umstrittene Treaty Making Power.

Ab den 50iger Jahren des letzten Jahrhunderts entstand um diese Freihandelszonen ein weltweites Netzwerk der verschiedenartigsten Wirtschaftsbeziehungen. Das war der eigentliche Grundstein der heute leider deformierten Globalisierung, die ursprünglich der wirtschaftlichen Gesundung und Entwicklung aller Länder, vor allem der schwachen und rückständigen Völker der so genannten dritten Welt dienen sollte.

Mit dem wachsenden Erfolg des wirtschaftlichen Wiederaufbaus in Europa kam sehr rasch der Gedanke auf, einen Schritt weiterzugehen: Europa so zu gestalten, dass dieser Kontinent niemals mehr zum Konfliktherd der Welt werden kann. Der Weg dazu begann mit der Politisierung des wirtschaftlichen Wiederaufbaus. Dem System einer Freihandelszone wurde dasjenige einer Zollunion vorgezogen: Freizügigkeit innerhalb eines grossen europäischen Marktes, umgeben von einer gemeinsamen Zollmauer. Innerhalb dieser Zollmauer keine Grenzen mehr, volle Freizügigkeit für Menschen und Waren. Dazu eine gemeinsame Verwaltung dieses Zollraums, was eine Kettenreaktion auslöste: aus der anfänglich gemeinsamen Zollpolitik wurde rasch eine gemeinsame Handelspolitik, dann eine gemeinsamen Wirtschafts- und Finanzpolitik, bis hin zu einer sehr umfassenden gemeinsamen Aussenpolitik und zu einem Meer von gemeinsamen Institutionen. Das wiederum machte einen riesigen zentralen Verwaltungsapparat mit weitgehenden Kompetenzen für direkte Eingriffe in allen Sparten menschlicher Tätigkeit der einzelnen Mitgliedstaaten notwendig, was letztlich in der Schaffung von zentralen, sogenannten Supranationalen Organen, einschliesslich eines eigenen Parlaments, einer eigenen Währung, und dem Entwurf einer Gemeinsamen Verfassung mündete.

Der Traum von Aristide Briand, Graf Coudenhove Kalerghi, Winston Churchill, Schuman und Monet eines Geeinten Europa schien Wirklichkeit zu werden. Auch wenn die Völker Europas bisher zu einer äusserst wirklichkeitsfremden Verfassung nicht Ja gesagt haben, ist eines zur Wirklichkeit geworden: Ein grosser, nach innen freier Einheitsmarkt, nach aussen eine Wirtschaftsunion, der gegenüber der internationalen Staatengemeinschaft wie ein in sich monolithisch gefestigter Wirtschaftsblock aufzutreten vermochte. Eine äusserst starke, sich über die ganze Welt ausbreitende und von vielen anderen Völkern imitierte Wirtschaftsmacht, die zwangsläufig mit anderen Wirtschaftsblöcken in Konkurrenz bis hin zu sehr ernststen Konflikten geraten ist. Diese anderen, neuen Wirtschaftsblöcke sind zum grössten Teil entstanden durch den Export der technischen Errungenschaften Europas, dem sogenannten Know-how Transfer, zusammen mit demjenigen des anderen westlichen Wirtschaftsblocks, den USA. Besonders im fernen Osten kam diese Entwicklung mit Riesenschritten in einer unheimlich kurzen Zeit voran und überflutete die ganze Welt. Von vielen Beispielen seien nur Länder wie Japan, China, (heute der grösste und stärkste Wirtschaftsblock) Indien, Südkorea usw. erwähnt.

Aus dem wirtschaftlichen Wiederaufbau ist so durch die Globalisierung der Entwicklung in Europa und den USA eine ganz neue äusserst gefährlich Situation entstanden. Es geht den grossen Wirtschaftsblöcken, gleich wie den früheren Imperien, nicht um den friedlichen Verkehr von Waren und Menschen. Dank der Globalisierung ist daraus, trotz immer wieder mit grossem Pomp und Medienrummel angeblich dem Frieden und der Zusammenarbeit gewidmeter Konferenzen, der wichtigsten Staatsmännern der Welt (G8, WTO, usw.), ein oft recht subversiv und bis aufs Messer geführter Kampf um Märkte, Bodenschätze, Rohstoffe, Nahrungsmittel und Menschen als (neuerdings sehr oft hoch

qualifizierten) Arbeitssklaven und Konsumenten geworden. Dazu ein Wettlauf für immer gewaltigere, vernichtende Waffen, welche das Ende einer bereits an die Grenzen der Schwindsucht getriebenen Umwelt werden könnten.

Vielleicht wäre diese Selbstzerstörung nicht so rasch vorangeschritten, wenn wir Europäer mehr an das bescheidene aber trotzdem für eine friedlich Entwicklung wirksame System einer Freihandelszone geglaubt und den Gedanken eines Zusammenpferchens unabhängiger Staaten und Völker in die Zwangsjacke utopischer und hegemoniesüchtiger Unionen, wozu heute die Europäische Union an prominenter Stelle gehört, bekämpft hätten. Ohne die mit wirtschaftlicher Macht einhergehenden Möglichkeiten für wirtschaftliches und soziales Wohlergehen in irgendeiner Weise in Abrede zu stellen, wäre der langsamere, weniger pompöse Weg von Freihandelszonen auf jeden Fall sicherer gewesen. Die Beibehaltung von nationalen Grenzen hätte, wie bei einem Schleusensystem, leichter die zahllosen Nachteile einer zügellosen Globalisierung in gesündere Bahnen lenken können.

Bevor alles kaputt geht, sollten wir vielleicht doch noch diesen Weg versuchen.

Auf jeden Fall nicht, wie der französische Staatspräsident Präsident Sarkozy, beim Mittelmeer den Weg einer Freihandelszone (eine schon seit Jahrzehnten im Raume stehender Vorschlag) durch das System einer Union zu ersetzen. Eine solche Union kann entweder nur eine leere Worthülse bleiben oder zu einem ebenfalls äusserst gefährlichen Pulverfass werden...